

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

17. WP - 24. Sitzung

am Mittwoch, dem 9. Februar 2011, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 383 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzender
Hauke Göttisch (CDU)	
Niclas Herbst (CDU)	
Mark-Oliver Potzahr (CDU)	i. V. von Markus Matthießen
Heiner Rickers (CDU)	
Wilfried Wengler (CDU)	
Rolf Fischer (SPD)	
Anette Langner (SPD)	
Birte Pauls (SPD)	
Jens-Uwe Dankert (FDP)	
Kirstin Funke (FDP)	
Björn Thoroë (DIE LINKE)	
Anke Spoorendonk (SSW)	

Weitere Abgeordnete

Wolfgang Baasch (SPD)
Hans Müller (SPD)
Anita Klahn (FDP)
Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich	5
Gesetzentwurf der Fraktion des SSW Drucksache 17/522	
2. Schleswig-Holsteinische Initiativen in Archangelsk unterstützen	8
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/729	
3. Die Arbeit der Europaschulen in Schleswig-Holstein unterstützen	11
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/592	
4. Umsetzung der Resolutionen des 8. Parlamentsforums Südliche Ostsee und der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz	12
Antrag der Fraktionen von SPD und SSW Drucksache 17/1013	
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1030	
5. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)	14
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1100	

- 6. a) Schleswig-Holstein ohne Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen** **15**
- Antrag der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/294 (neu)
- b) Sicherung der Gentechnikfreiheit im Anbau sowie in der Nahrungsmittelkette**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/390
- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/420 (selbstständig)
- 7. a) Sicherheit von Kinderspielzeug weiter verbessern** **16**
- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1083 Buchst. b und c
- Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1201 Buchst. b bis d
- b) Kinder vor Gefahren durch gesundheitsgefährdendes Spielzeug wirksam schützen**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1138 Buchst. b bis g
- 8. Verschiedenes** **17**

Der Vorsitzende, Abg. Voß, eröffnet die Sitzung um 10:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Ausschuss, den Antrag der Fraktion der SPD betr. Die Europäische Kulturstrategie in Schleswig-Holstein umsetzen, Drucksache 17/670, den Antrag der Fraktion der SPD betr. Eine Europäische Nordsee-Strategie unterstützen, Drucksache 17/1072, und den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1075, den Bericht der Landesregierung zum Stand der Integration in Schleswig-Holstein, Drucksache 17/1045, den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, Drucksache 17/268, den Antrag der Fraktion der SPD betr. Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013, Drucksache 17/1071, sowie die dazugehörigen Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2013: Keine öffentlichen Gelder mehr für die Industrialisierung der Landwirtschaft, Drucksache 17/1176, und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/1229, in einer späteren Sitzung zu beraten. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW

Drucksache 17/522

(überwiesen am 19. Mai 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Europaausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/921, 17/922, 17/923, 17/928, 17/930, 17/1038,
17/1070, 17/1125, 17/1127, 17/1132, 17/1133, 17/1137,
17/1138, 17/1141, 17/1145, 17/1146, 17/1147, 17/1156,
17/1279, 17/1524

Anzuhörende: *Dieter Harrsen*, Landrat des Kreises Nordfriesland
Marianne Ehlers, Sprecherin des Plattdeutschen Rates
beim Schleswig-Holsteinischen Heimatbund
Prof. Dr. Stefan Oeter, Institut für Internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg

Der Landrat des Kreises Nordfriesland, Herr Dieter Harrsen, führt in die Thematik ein. In der Hauptsatzung des Kreises Nordfriesland sei der Schutz und die Förderung der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe festgeschrieben. Alle im Kreistag vertretenen

Fractionen hätten zudem am 2. Juli 2010 den Beschluss gefasst, die Kürzungen beim Schulwesen als Rückschritt in der Minderheitenpolitik zu betrachten. Der Kreistag habe ebenfalls beschlossen, regelmäßig einen Minderheitenbericht herauszugeben, der erste sei im Januar 2011 veröffentlicht worden. Darin solle die Situation der Arbeit der Minderheiten dargestellt und die Aktivitäten im Kreis geschildert werden. Auch den Minderheiten sei Gelegenheit gegeben worden, Stellung zu nehmen. Der Minderheitenbericht sei insofern auch ein festes Instrument des politischen Controlling. Zentral sei der Vorschlag, das Berichtswesen auf die Ämter zu übertragen und nicht jede Gemeinde einzeln berichten zu lassen. Das könne und solle auch landesweit geschehen, da neben dem Friesischen auch das Niederdeutsche geschützt werden müsse, das in ganz Schleswig-Holstein noch vorkomme.

Herr Dr. Stefan Oeter, Professor für öffentliches Recht, Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht an der Universität Hamburg, stellt die Schwerpunkte seiner Stellungnahme, Umdruck 17/1880, dar.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk zur Reaktion der Verwaltung auf die Berichtspflicht und zu den Kosten einer solchen Berichtspflicht führt Herr Harrsen aus, dass die Motivation, sich mit dem Thema zu beschäftigen, durch das Projekt stark gewachsen sei. Verwaltungsseitig sei man stolz auf den vorgestellten Bericht, der insgesamt und alle Personalkosten berücksichtigend circa 10.000 € gekostet habe. Eine Fortschreibung werden mit 2.000 € kalkuliert, weil dann nur Veränderungen im Vordergrund stünden. Das mit dem Bericht verbundene operative Controlling sei ohnehin notwendig.

Abg. Spoorendonk merkt an, dass sie es ebenfalls für sinnvoll halte, wie in der Stellungnahme von Herrn Harrsen ausgeführt, eine Berichtspflicht auf Amtsebene einzuführen. Auch das Niederdeutsche spiele ihrer Ansicht nach eine große Rolle.

An Herrn Dr. Oeter gerichtet bittet Abg. Spoorendonk darum, die Situation des Niederdeutschen noch einmal darzustellen. - Herr Dr. Oeter führt aus, dass es eine Trennung zwischen der Stadtbevölkerung, bei der Niederdeutsch allenfalls symbolische Bedeutung habe, und der Bevölkerung im ländlichen Raum gebe, wo Niederdeutsch zum Teil noch als lebendige Sprache existiere. Das Niederdeutsche stelle insofern eine andere Herausforderung für das Land dar, als es flächendeckend geschützt werden müsse, anders als das Friesische oder die dänische Sprache.

Auf eine Frage der Abg. Pauls betont Herr Harrsen, dass der vorliegende Gesetzentwurf den Charme habe, den Umfang des Berichtswesens nicht vorzuschreiben. Wichtig sei, das Be-

richtswesen nicht aufzublähen und nur dort umfangreiche Berichte zu geben, wo diese auch sinnvoll seien.

Auf eine Frage der Abg. Funke zum Vergleich einer Berichtspflicht mit der Unterstützung anderer Initiativen merkt Herr Harrsen an, dass man beides parallel machen könne. Ein Berichtswesen halte seiner Ansicht nach dazu an, darüber nachzudenken, welche Möglichkeiten es gebe, vorhandene Initiativen zu unterstützen. Die Bereitschaft, sich auch an den Schulen zu engagieren, könne seiner Ansicht nach mit der Einführung eines Berichtswesens steigen. Eine Zuweisung der Berichtspflicht zu den Ämtern sei darüber hinaus seiner Ansicht nach mit dem Urteil des Verfassungsgerichts vereinbar, wenn eine konkrete Aufgabe gestellt werde.

Auf eine Frage des Abg. Fischer zur Zahl der aktiven Sprecher von niederdeutschen Dialekten merkt Herr Dr. Oeter an, dass man stark zwischen passiver und aktiver Nutzung der Sprache unterscheiden müsse. Dann werde die im Raum stehende Zahl von 6 bis 8 Millionen Sprechern deutlich relativiert. Besonders im Generationenverlauf nehme die Zahl der aktiven Sprecher des Niederdeutschen dramatisch ab. Aus diesem Grund sei auch der Vorschlag von Abg. Fischer zu begrüßen, auch in den Städten mehr für die Nutzung des Plattdeutschen zu tun, da auch dort noch eine emotionale Verbindung zu der Sprache bestehe.

Auf eine Anmerkung der Abg. Spoorendonk zu den für die Bundesrepublik Deutschland positiven Auswirkungen bei Umsetzung der Empfehlungen der Sprachencharta merkt Herr Dr. Oeter an, dieser Bericht sei in der Tat an die Mitgliedstaaten und nicht an regionale Gebietskörperschaften adressiert. Der vorliegende Gesetzentwurf wäre eine typische Maßnahme im Sinne der Umsetzung der Charta. Dies würde letztlich auch die Erfüllungsbilanz verbessern.

Abg. Spoorendonk schlägt zum weiteren Verfahren vor, möglicherweise fraktionsübergreifend zu einer gemeinsamen Linie zu kommen. - Abg. Fischer regt an, die Diskussion auch mit dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss zu führen, zum Beispiel im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung.

Der Ausschuss beschließt, dass sich zunächst die europapolitischen Sprecher über das weitere Verfahren verständigen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Schleswig-Holsteinische Initiativen in Archangelsk unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 17/729

(überwiesen am 10. September 2010 an den **Europaausschuss** und an den Sozialausschuss)

hierzu: Umdruck 17/1803

Anlage 1 zu dieser Niederschrift

Berichterstatter: *Wolfgang Medrisch*, Förderverein für soziale Arbeit in Osteuropa e.V.
Klaus Mangold, Gesellschaft der Förderer Hörgeschädigter in Schleswig-Holstein e.V.
Martin Liegmann, Stellv. Geschäftsführer Kinderschutzbund Ostholstein

Herr Medrisch, Vorsitzender des Fördervereins für soziale Arbeit in Osteuropa, stellt die Schwerpunkte der Arbeit des Fördervereins dar, Umdruck 17/1803. Er führt aus, dass die Region um Archangelsk eine wichtige Rolle in der von der Europäischen Union verfolgten Politik der Nördlichen Dimension als Brücke zwischen Ostsee und arktischer Region spiele. Der Förderverein, dem er vorsitze, sei im Jahre 2000 gegründet worden und führe rund 25 bis 30 Projekte und viele Aktivitäten durch, zum Beispiel im Zusammenhang mit Strafrechtspflege, Straffälligen- und Opferhilfe, Behindertenhilfe, Sozialpsychiatrie und Projekte im Bereich der Forschung. Ziel sei auch, das zivilgesellschaftliche Engagement vor Ort zu stärken. Wichtig für die Arbeit des Vereins sei die Unterstützung der Landesregierung, die man bei der Staatskanzlei - jenseits von finanzieller Unterstützung - erfahren habe. Er äußert sich kritisch darüber, dass es bisher keine Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium gebe. Schwierig aus seiner Sicht sei auch, dass die Landesregierung nicht bereit sei, Stundenkontingente für Projekte zur Verfügung zu stellen, die von der EU finanziert, aber auf Kofinanzierung angewiesen seien. Abschließend betont er, dass die Aktivitäten im Rahmen der Nördlichen Dimension fortgeführt und ausgebaut werden müssten.

Herr Mangold von der Gesellschaft der Förderer Hörgeschädigter in Schleswig-Holstein e.V. eröffnet seine Stellungnahme mit dem Hinweis, dass durch die Arbeit des Fördervereins 25 bis 30 Projekte gefördert würden. Er selbst sei über Herrn Medrisch auf die Arbeit des Fördervereins aufmerksam geworden. So habe sich langsam eine Zusammenarbeit entwickelt.

Von den russischen Partnern nehme man eine große Bereitschaft zur Zusammenarbeit wahr, die mit großem Engagement von russischer Seite betrieben werde. Das Engagement auf deutsche Seite nehme er als geringer wahr. In einem von vielen Projekten kümmere man sich um Hörgeschädigte in der Stadt Archangelsk, in diesem Zusammenhang würden auch Praktikumsplätze vermittelt, um den Einsatz von Gebärdensprache bei Gehörlosen zu verstärken. Dieses Projekt würde von der Aktion Mensch finanziert. Er betont, dass es für die aktiven Vereine wichtig sei, wahrgenommen zu werden, besonders auch von behördlicher Seite. Hilfreich wäre auch, wenn es eine von offizieller Seite geführte Liste über in der Region Archangelsk tätige Organisationen gebe, um Synergieeffekte nutzen zu können.

Der stellvertretende Geschäftsführer des Kinderschutzbundes Ostholstein, Martin Liegmann, stellt die im Anhang dieser Niederschrift beigefügte Präsentation zur Arbeit des „warmen Hauses“ vor.

Herr Ingo Hurlin, Leiter der Abteilung Justiz, Vollzug und freie Straffälligenhilfe, im Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration führt aus, dass es seit Mitte der 90er-Jahre Kontakte zu Archangelsk und Kooperationen mit dem deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband gebe. Für sehr unterschiedliche Projekte seien auch EU-Mittel eingeworben worden. Einige dieser Projekte seien im Bereich der Jugendkriminalität, Jugendhilfe und Jugendgerichtshilfe angesiedelt gewesen. Die Projekte seien jedoch abgeschlossen, sodass man keine finanzielle Hilfestellung mehr gebe. Das heiße aber nicht, dass man nun die Hände in den Schoß lege. Dennoch müsse man sich auf vorrangige Kernaufgaben konzentrieren. Hilfestellung, zum Beispiel bei der Fortbildung von Jugendrichtern oder bei der Gesetzgebung, sei nach wie vor möglich.

Abg. Spoorendonk schlägt vor, sich in einer der nächsten Sitzungen über die Reform des Ostseerates berichten zu lassen, da diese auch die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Archangelsk böte.

Herr Medrisch merkt in diesem Zusammenhang an, dass ihm nicht klar sei, welche Region gemeint sei, wenn im Ostseebericht von Nordwest-Russland die Rede sei. Das müsse genauer definiert werden. Im Ostseerat gebe es verschiedenste Gremien, über die man als Förderverein keinen Überblick habe. Er warnt davor, dass der Begriff der Zivilgesellschaft, der häufig genutzt werde, zum Schlagwort verkommen könne. Insgesamt müsse das Thema sehr differenziert betrachtet werden.

Abg. Fischer unterstützt den Vorschlag von Abg. Spoorendonk, sich in einer der nächsten Sitzungen über die Reform des Ostseerates informieren zu lassen. Zudem interessiert ihn, ob es weitere Partnerschaften oder Städtepartnerschaften gebe.

Herr Mangold führt aus, dass die Stadt Emden Partnerstadt der Stadt Archangelsk sei. Eine Kooperation mit Emden übersteige jedoch die Möglichkeiten des Fördervereins. Er bietet an, parlamentarische Gäste mit in die Region Archangelsk zu nehmen, damit diese sich selbst ein Bild machen könnten.

Abg. Fischer betont, dass die Zusammenarbeit von unten nach oben wachsen müsse. Aus diesem Grunde begrüße er Kooperationsvereinbarungen, die noch häufiger geschlossen werden müssten.

Der Ausschuss beschließt, vor einer endgültigen Empfehlung an den Landtag noch weitere Gespräche - gegebenenfalls auch mit dem Sozialausschuss - zu führen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Die Arbeit der Europaschulen in Schleswig-Holstein unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/592

(überwiesen am 10. September 2010)

hierzu: Umdrucke 17/1545, 17/1709

Abg. Fischer zieht für die antragstellende Fraktion den Antrag Drucksache 17/592 zurück.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Umsetzung der Resolutionen des 8. Parlamentsforums Südliche Ostsee
und der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz**

Antrag der Fraktionen von SPD und SSW
Drucksache 17/1013

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/1030

(überwiesen am 19. November 2010)

Der Vorsitzende kündigt an, den Aktionsplan Menschenhandel, der in dem als Tischvorlage verteilten Änderungsantrag nicht enthalten sei, in einer der nächsten Sitzungen zum Thema zu machen.

Abg. Thoroë zieht für die antragstellende Fraktion DIE LINKE den Änderungsantrag Drucksache 17/1030 zurück. Einstimmig empfiehlt der Europaausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion von SPD und SSW, Drucksache 17/1013, in der folgenden, von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW vorgeschlagenen, geänderten Fassung zur Annahme:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag befürwortet die Beratungen und Ergebnisse des 8. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Elbing und der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz in Mariehamn. Er stimmt den Resolutionen zu und bittet die Landesregierung, diese umzusetzen. Die einvernehmlich beschlossenen Resolutionen bekräftigen den Willen, weiter aktiv in Bezug auf den Schutz der Umwelt, den Kampf gegen Menschenhandel, die Mobilität der Arbeitnehmer und die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, die Entwicklung der Häfen und der landseitigen Anbindungen, den Ausbau der europäischen Verkehrsnetze sowie die Sicherheit im Seeverkehr, insbesondere durch Einführung einer Lotsenpflicht in gefährlichen Gewässern voranzutreiben und gemeinsam Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung der Ostseeregion zu übernehmen.

Die Landesregierung wird gebeten, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene für die Forderungen einzusetzen sowie den

Landtag im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung über die diesbezügliche Entwicklung im Ostseeraum entsprechend zu unterrichten. Schwerpunkte der Berichterstattung sollen insbesondere Infrastrukturvorhaben im Ostseeraum, die maritime Raumordnung und das Küstenzonenmanagement sowie die Bekämpfung des Menschenhandels sein.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1100

(überwiesen am 17. Dezember 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, an den **Finanzausschuss**, an den **Wirtschaftsausschuss**, an den **Europaausschuss** und an den **Sozialausschuss**)

hierzu: Umdrucke 17/1804, 17/1805, 17/1809

Der Europaausschuss beschließt, sich der geplanten schriftlichen und mündlichen Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses anzuschließen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Schleswig-Holstein ohne Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen

Antrag der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/294 (neu)

b) Sicherung der Gentechnikfreiheit im Anbau sowie in der Nahrungsmittelkette

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/390

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/420 (selbstständig)

(überwiesen am 20. Mai 2010 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und an den Europaausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/1000, 17/1022, 17/1080, 17/1083, 17/1086, 17/1088,
17/1092, 17/1111, 17/1115, 17/1116, 17/1117, 17/1120

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, dem Landtag den Antrag der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW betr. Schleswig-Holstein ohne Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen, Drucksache 17/294 (neu), zur Ablehnung zu empfehlen.

Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Sicherung der Gentechnikfreiheit im Anbau sowie in der Nahrungsmittelkette, Drucksache 17/390, empfiehlt der Europaausschuss dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der LINKEN bei Enthaltung der SPD, dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen. Den zum selbständigen Antrag erklärte Änderungsantrag der Fraktion von CDU und FDP zum gleichen Thema, Drucksache 17/420, empfiehlt der Europaausschuss dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW, dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

a) Sicherheit von Kinderspielzeug weiter verbessern

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1083 Buchst. b und c

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1201 Buchst. b bis d

b) Kinder vor Gefahren durch gesundheitsgefährdendes Spielzeug wirksam schützen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1138 Buchst. b bis g

(überwiesen am 27. Januar 2011 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**, den Sozialausschuss und den Europaausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/1908, 17/1921, 17/1928, 17/1930, 17/1934, 17/1935

Der Ausschuss beschließt, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden aufgefordert, innerhalb einer Woche Anzuhörende gegenüber dem Geschäftsführer des Europaausschusses zu benennen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt, ein Mitglied des Europaausschusses gemeinsam mit St Maurus nach Kaliningrad zu entsenden.

Der Vorsitzende weist auf die geplante gemeinsame Sitzung des Europaausschusses mit dem Europa- und Rechtsausschuss des Landtags Mecklenburg-Vorpommern hin, die am 2. März 2011 stattfinden solle. Nach einer Diskussion beschließt der Ausschuss, an dieser Planung festzuhalten, da im weiteren Verlauf des Abends auch die Eröffnung der Fotoausstellung stattfinden solle. Vor der gemeinsamen Sitzung solle noch eine Sitzung des Europaausschusses stattfinden.

Zum Europäischen Tag des Meeres am 19. und 20. Mai 2011 in Danzig beschließt der Ausschuss, eine Delegation bestehend aus Abg. Funke und Abg. Strehlau zu entsenden.

Der Vorsitzende trägt zu einer geplanten Veranstaltung des Europaausschusses gemeinsam mit den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) zum Thema Minderheiten in Europa vor. Er schlägt vor, die Veranstaltung im Mai oder Juni 2011 durchzuführen. Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag zu.

Der Ausschuss beschließt, im Rahmen seiner bereits geplanten auswärtigen Sitzung am 30. März 2011 die Bürogemeinschaft der Polizeistation in Padborg sowie Sonderburg zu besuchen. In Sonderburg solle die Bewerbung Sonderburgs als Kulturhauptstadt Europas 2017 im Mittelpunkt der Beratungen stehen. Der Ausschuss beschließt weiterhin, relevante Akteure aus Flensburg ebenfalls nach Sonderburg zur Präsentation der Bewerbung um die Kulturhauptstadt Europas einzuladen.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, schließt die Sitzung um 12:20 Uhr.

gez. Bernd Voß
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer

Chronologie des Projektes „Warmes Haus“

2001 Anfrage des DPWVs durch Wolfgang Medrisch an den Kinderschutzbund Kreisverband Ostholstein e.V., ein Projekt im Bereich der Jugendhilfe im Rahmen des Gesamtnetzwerkes durchzuführen.

2002 Fahrt einer Delegation nach Njandoma Sonderschule für straffällige Jungen im Alter von 11 – 14 Jahren.

2003- Offizielles, von der Aktion Mensch gefördertes Projekt (Warmes Haus)
2007 durch den DKSB KV OH zur Reintegration derjenigen Jungen aus Njandoma, die aus Sewerodwinsk stammen, Aufbau ambulanter Jugendhilfe-Strukturen, Sozialpädagogische Familienhilfe, Ambulante Hilfen, Einzelfallarbeit und Vernetzung in der Stadt und Oblast, Arbeitskreise durch die Partner – NGO, „Helfen wir den Kindern“ und dem DKSB KV OH.

Finanzierung von 4 Fachkraftstellen vor Ort
 (1 Psychologin, 1 Erzieher, 2 Sozialpädagogen), die mit

- aufsuchender Sozialarbeit
- Elternberatung /-arbeit
- Lebensumfeldbezogene Einzelfallarbeit

gute Erfolge aufweisen konnten.

Kooperation mit Solnitschko (Sozialtherapeutisches Lernzentrum der Stadt) und Uni Sewerodwinsk. In der Zeit Transfers des Mercedes 20-Sitzers vom Kastanienhof nach Sewerodwinsk.

2006- Deutliche politische „Unruhen“ in Russland zwischen Staat und NGOs führten
2008 zu dramatischen Spannungen.

Der DKSB bat die Stadt Neustadt in Holstein um Unterstützung, Bürgermeister Henning Reimann fuhr insgesamt 3 Mal mit dem Vorstand des DKSB Kreisverband Ostholstein und DKSB Ortsverband Heiligenhafen, sowie mit Larissa Sharapova (Projektleiterin) und Martin Liegmann nach Sewerodwinsk.

- Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen Neustadt i. H. und Sewerodwinsk
- Ausbau der Beziehungen im sozialen, kulturellen und Bildungsbereich
- Friedensfahrt der Aginée (Segelboot mit 4 Menschen Non Stop von Sewerodwinsk nach Neustadt i.H. und zurück: 24 Tage hin , 26 Tage zurück!)
- Teilnahme einer Trachten-Tanzgruppe aus Sewerodwinsk zum Europäischen Folklore Festival 2007 (und auch 2010) in Neustadt i. H.

- Verschiedene Fachkräftedelegationen sammeln gegenseitige Erfahrungen, so z.B. Besuch des Bürgermeisters Belagev aus Sewerodwinsk, der auch in Lübeck, im Landeshaus und im Kreishaus gemeinsam mit dem Kinderschutzbund empfangen wird.
- Entwicklung und Implementierung eines weiteren Präventionsbausteins: Offene Ganztagschulen und Soziale Gruppenarbeit an der Schule Nr. 25, Fortführung des Projektes „Warmes Haus“ mit gleichem Ansatz und Volumen durch Eigenmittel des DKSB.

2009- Erneut verschiedene Fachkräftedelegationen, die insbesondere im Mai 2010
2010 konkrete weitere Planungsschritte bis einschließlich 2012 gemeinsam ausarbeiten.

Weiterentwicklung der Bausteine „Warmes Haus“, Ambulante Hilfen, Soziale Gruppenarbeit, Offene Ganztagschule, Vernetzung, insbesondere mit dem vom DPWW gegründeten Dachverband.

Teilnahme einer Gesangs- und Musikgruppe aus Sewerodwinsk am Europäischen Folklore Festival in Neustadt i. H., Unterkunft und Verpflegung von 26 Tänzerinnen im Kinderhaus des Kinderschutzbundes.

Insgesamt 14 Delegationen in den letzten Jahren.

2011 – Januar Besuch aus Sewerodwinsk

- Melekhin, Vladimir (Dumapäsident, Stadtratsvorsitzender)
- Popa, Sergey (Bildungssenator)
- Tikhomirova, Elena (1. Vorsitzende des Vereins „Helfen wir den Kindern“)
- Grosheva, Natalia (Stellv. Chefärztin poliklin. Abt. d. städt. Krankenhauses)
- Popova, Ekaterina (Stellv. Chefärztin poliklin. Abt. d. städt. Entbind.hauses)

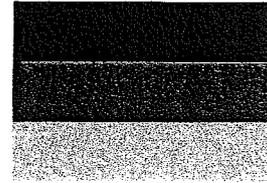
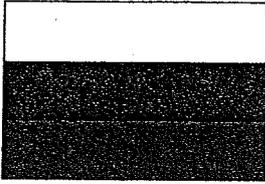
Eintrag in das Goldene Buch der Stadt Neustadt i. H.,
 Bestärkung der weiteren Kooperation und des gegenseitigen Lernens.
 Vorstellung im Europa-Ausschuss des Landes Schleswig-Holstein
 und Empfang der Delegation dort.

Seit Jahren enge Zusammenarbeit mit dem Paritätischen, der Universität und der Fachhochschule Kiel, sowie dem Förderverein für Sozialarbeit in Osteuropa mit Dank an dessen Vorstand, Wolfgang Medrisch, sowie auch an alle beteiligten Institutionen des Netzwerkes in Schleswig-Holstein, die sich in Russland engagieren. Dieses ist eine große Bereicherung für uns.

Einen herzlichen Dank deshalb auch an den Europa-Ausschuss und dessen Mitglieder, die das Netzwerk „hüben wie drüben“ ebenfalls seit Jahren begleiten, unterstützen und immer wieder ein Augenmerk auf die gesamte Arbeit werfen.

Vielen Dank, gern gesehene Fragen und weitere Informationen unter
 Telefon 04561 5123 – 20 (M. Liegmann) oder – 41 (L. Sharapova).

Martin Liegmann
 (Stellvertr. Geschäftsführer)



**Erklärung zur Förderung der Zusammenarbeit
und der freundschaftlichen Beziehungen
zwischen den Städten
Sewerodwinsk, Russische Föderation
und
Neustadt in Holstein, Bundesrepublik Deutschland**

1. Sewerodwinsk und Neustadt in Holstein unterstützen sich gegenseitig bei Projekten und Austauschprogrammen, die der Vertiefung der freundschaftlichen und fachlichen Kooperation im Sinne der Völkerverständigung und Städtefreundschaft dienen.
2. Sewerodwinsk und Neustadt in Holstein helfen im Rahmen ihrer Möglichkeiten und politischen Entscheidungen den Institutionen, die sich beim Aufbau und Ausbau der gegenseitigen Kontakte engagieren.
3. Sewerodwinsk und Neustadt in Holstein fördern die Kooperation, insbesondere in den Bereichen Soziales, Kultur, Gesundheit und Rehabilitation der Bürgerinnen und Bürger beider Städte.
4. Sewerodwinsk und Neustadt in Holstein begrüßen das Engagement und die Zusammenarbeit der NGO's, die im Sinne dieser Erklärung handeln. Sie erweisen den NGO's jede mögliche Unterstützung, fördern zwischenmenschliche Kontakte sowie den kulturellen und touristischen Austausch.
5. Die Durchführung von Maßnahmen, Veranstaltungen und Projekten im Sinne dieser Erklärung wird gemeinsam abgestimmt und geplant sowie nach jeweiliger Beendigung der andere Partner über den Verlauf informiert.



Ort, Datum:

17. 03. 2008

Bürgermeister der MO
(Kommunale Stadtverwaltung)
Sewerodwinsk
A. Beljaev

Ort, Datum:

16. 3. 2008

Bürgermeister Neustadt in Holstein
Henning Reimann

*Hoff zu Kenntnis
1. Harafey*

**Planung der Zusammenarbeit und Kooperation zwischen
Neustadt und Sewerodwinsk für 2011-2012 im Rahmen
der Erklärung über die Städtefreundschaft.**

	Übersicht der Kooperation, Hospitationen	Zeitangaben
I.	Offizieller Besuch der Delegation aus Sewerodwinsk in Neustadt in Holstein	Ende Januar- Anfang Februar 2011
II.	Zusammenarbeit im kulturellen Bereich Einladung zum Gründungsfest der Stadt Sew-sk im Juli 2011 Teilnahme der Tanz- und Gesanggruppen aus Neustadt (z.B. Neustädter Volkstanzkreis“ an den Feierlichkeiten in Sewerodwinsk.	Juli 2011 oder Juli 2012
III.	Zusammenarbeit im Bereich Bildung Ferienfreizeit Besuch der Gruppe der Jugendlichen (OGS-Projekt) und deren Betreuer (Schule 25, ProjektmitarbeiterInnen) aus Sewerodwinsk in N. (10 Personen) Aufenthalt in N. ca. 10 Tage) Fachaustausch - Hospitation der Fachkräfte der Schule 25 und der KiTa 95 in den Schulen (Schule am Steinkamp) und / oder im Kindergarten (z.B. Kindergarten am Wasserturm, in den Kindertagesstätten vom DKSB Neustadt in Holstein), Elternarbeit und Betreuung. Besuch der Jugendlichen (Schüler) aus Neustadt in Sewerodwinsk Besuch der Fachkräfte (Schwerpunkte Bildung und Erziehung, Presse) aus Neustadt in Sewerodwinsk: OGS-Projekt in der Schule, Durchführung des Projektes, Sicherheit bei der Projektplanung für das Jahr 2012 (gemäß dem Stellenplan der Schule- Übernahme der Psychologin und der Sozialpädagogin, Mitarbeiterinnen des Vereines „Helfen wir den Kindern“), Finanzierung durch die Stadt Neustadt in Holstein.. Hospitationen und Studienaufenthalte der Studenten (Fakultät für Fremdsprachen – Fach Deutsch, Fakultät für Vorschulpädagogik und Psychologie – Schwerpunkte: Pädagogik und Psychologie) der Pomoren Uni in Neustadt. (verschiedene Bildungseinrichtungen, darunter auch die vom DKSB OH). Hospitationen von Studierenden der älteren Semester der Fakultät für Fremdsprachen (einzelne Personen, Gruppen) an den	Juli –August 2011 oder Juli-August 2012 oder in den Herbstferien Nach den Herbstferien 2011 Juni- Juli 2011 oder Juni-Juli 2012 April 2011, 23.04-30.04.2011 Seit 2011 2. Hälfte 2011 Oder im Jahr 2012 2012 ?

Hochschulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen Deutschlands (Schleswig Holstein, Neustadt).

Aufenthaltskosten?
Unterbringung?
Verpflegung?

Vorlesungen und Seminare der deutschen Professoren, Dozenten an der Universität in Sewerodwinsk, (Themenschwerpunkte sind Deutsch als Fremdsprache, Russisch als Fremdsprache, Pädagogik, Psychologie).

Teilnahme der deutschen KollegInnen an den wissenschaftlich-praktischen Konferenzen.

Gemeinsame Durchführung des Projektes „Welt ohne Grenzen“
Besuch in Neustadt im Rahmen des Projektes „Welt ohne Grenzen“ einer Gruppe, bestehend überwiegend aus den sozialbenachteiligten Kindern mit 2 Betreuern, ca. 12 Personen.
Unterbringung im Kinderhaus, möglich in den Ferien, auch in der Winterzeit.

Verpflegungskosten?
Unterbringung im Kinderhaus, evtl. im Umwelthaus
Reisekosten?

Zusammenarbeit im Bereich Gesundheitswesen

5 -Tägiger Besuch der Gruppe aus Sewerodwinsk, Bereich Gesundheitswesen (7-8 Personen) nach Neustadt, darunter Internisten, Kinderärzte, Therapeuten, med. Psychologen, Sozialpädagogen usw.

IV. Kooperation und gemeinsame Projekte im Sozialen Bereich: Hilfen für verwahrloste, benachteiligte Kinder, Jugendliche, Präventionsmaßnahmen.

Gemeinsames Projekt mit der Kommission für die Belange der Minderjährigen, Jugendamt- Mädchen, junge Frau, Mutter.

Erfahrungsaustausch bei der Arbeit mit Mädchen. Hospitation von 2 Fachkräften in Neustadt mit dem Themenschwerpunkt: Vorbereitung der Mädchen auf das Familienleben, Familienwerte wie vermittelt man sie und wie bereitet sich eine junge Frau auf die Mutterrolle vor? Kooperation mit dem Frauennotruf Neustadt, Gemeinschaftsschule?

Kooperation im Bereich Sport.

Judoturnier zu Ehren von Kapitänleutnant S. Usskij, Beteiligung der Sportler aus Neustadt.

V. Bürgermeisterpokal – Keiten, unter der Beteiligung der Sportler aus Neustadt.

April 2012 ?

November 2012?

Besuch in N. findet in den Sommerferien oder in den Winterferien 2012 statt.

Ende ~~2011~~, 2012

2011-1012

Tatiana Bukurova,
Teilnahme an der Fahrt nach Deutschland im Herbst 2011

Kooperation mit den Frauenräumen

März-April 2011,
2012

April 2011, 2012

--	--	--

Amt für Kultur und Öffentlichkeitsarbeit

Amtsleiterin
Surowtzewa Natalia.

Zusammenfassung und Übersetzung aus dem Russischen ins Deutsche : L. Sharapova